

Das strikte Rauchverbot wird befolgt

Seit der Einführung vor zwei Jahren mussten nur sieben Gastrobetriebe ermahnt werden

Von Jonas Hoskyn

Liestal. Im Gegensatz zum Stadtkanton, wo die juristischen Streitereien um das Rauchverbot auch mehr als zwei Jahre nach der Einführung noch nicht gelöst wurden, klappte im Baselbiet die Umstellung offenbar praktisch problemlos. Das zeigt die Antwort der Regierung auf eine Interpellation von EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger. Gerade mal sieben Gastrobetriebe mussten in den letzten zwei Jahren von den Behörden ermahnt werden. Und auch das ausschliesslich in den kalten Wintermonaten. Weitere einschneidende Massnahmen seien bisher nicht erforderlich gewesen, so die Regierung. Ihre Schlussfolgerung: «Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen darf bei über 800 Gastrobetrieben als sehr gut bezeichnet werden.»

Dieser Meinung ist auch die Interpellantin: «Ich bin erstaunt, dass sich so viele daran halten», sagt Augstburger. «Das dürfte auch andere Kantone optimistisch stimmen, dass auch ein striktes Rauchverbot für alle Seiten funktioniert.» Besonders erfreut ist die Liestalerin darüber, dass die Regierung auch im Falle einer Ablehnung der bevorstehenden Abstimmung über die Initiative zum «Schutz vor Passivrauchen» am 23. September weiterhin am bisherigen Kurs festhalten will. Die Initiative will schweizweit ein striktes Rauchverbot à la Baselland durchsetzen und so auch kleine Raucherbeizen oder bediente Fumoirs verbieten. In den Nachbarkantonen Solothurn und Aargau beispielsweise gilt aktuell lediglich das liberalere Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen. In Solothurner Restaurants sind bediente Fumoirs erlaubt. Im Aargau können kleine Beizen sogar eine Bewilligung für ein Raucherlokal beantragen. Und im Kanton Basel-Stadt wird fröhlich weitergepufft, während sich der Verein Fūmoar mit den Behörden ein Katz-und-Maus-Spiel liefert.

Beizensterben bleibt aus

So stehen die Baselbieter Wirte im regionalen Vergleich momentan als Verlierer da. Getroffen hat das Rauchverbot



Verboten. Im Baselbiet gibt es weder Raucherbeizen noch bediente Fumoirs. Gäste müssen draussen rauchen. Foto Keystone

laut dem Verband Gastro Baselland vor allem Betriebe in der Agglomeration. «Im unteren Baselbiet hat man grosse Probleme wegen der Fūmoar-Konkurrenz», sagt Geschäftsführer Bruno Gruber. «Viele gehen lieber in die Stadt, wo sie rauchen können.» Besonders Betriebe aus dem Bereich «Unterhaltungsgastronomie», also Diskotheken oder Music-Bars, sind betroffen.

Und auch für die Dorfbeizen kann das Rauchverbot ein weiterer Sargnagel sein. Schon seit Jahren leiden sie unter

sinkenden Umsätzen, und Rauchverbot und Wirtschaftskrise haben die Situation noch schwieriger gemacht. «Die Zahlen sind im ganzen Gastgewerbe momentan im freien Fall», so Gruber. Konkrete Fälle, wo Wirte wegen des Rauchverbots ihren Betrieb schliessen mussten, sind ihm aber nicht bekannt. Auch die Regierung kann auf diese Frage keine abschliessende Antwort geben, hält aber fest: «Das Beizensterben aufgrund rauchfreier Gastrobetriebe ist bis heute sicher ausgeblieben.»

Trotz der klaren Absage der Baselder Regierung hoffen die Wirte darauf, dass in der Diskussion um Rauchverbote das letzte Wort noch nicht gesprochen ist: «Am besten wäre eine Lösung für die gesamte Region, nicht so ein Flickenteppich wie jetzt», sagt Gruber. «Dann hätten wenigstens alle gleich lange Spiesse.» Am liebsten wäre den Wirten eine liberalere Lösung wie im Aargau oder Solothurn. Doch auch Gruber ist sich bewusst, dass das schwierig sein dürfte.

In den Applaus mischt sich leises Knurren und Murren

Alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin ist am Parteitag in den Parteirat der FDP gewählt worden

Von Peter de Marchi

Liestal. Er ist ehemaliger Nationalrat, in wenigen Tagen ist er ehemaliger Direktor der Wirtschaftskammer Baselland. Auf Altenteil aber setzt sich Hans Rudolf Gysin nicht. Das beweist nicht nur die Flut von Initiativen, mit denen er den Kanton derzeit überzieht. Dafür gibt es weitere Hinweise: Am Parteitag der FDP vom Montag ist nicht nur die Parteileitung neu gewählt worden (BaZ von gestern), Gysin ist zudem mit Applaus in den Parteirat gewählt worden.

Applaus, in den sich auch vereinzelt Murren gemischt hat: Für Gysin hat-



Hans Rudolf Gysin.

wann in den fernen 70er-Jahren wurde es altgedienten Honoratioren erlaubt, auf Wunsch weiterhin im Parteirat zu bleiben. Irgendwann, niemand weiss

mehr wann genau, wurde dieser Passus wieder aus den Statuten gestrichen – und das blieb bis heute so.

Der Apéro lockte

Gysin wurde dennoch gewählt, und das kam so: Er trat mit dem Wunsch an Parteipräsidentin Christine Pezzetta, im Parteirat noch etwas mitdiskutieren zu dürfen. Da erinnerte man sich des alten Passus. Die Statuten werden eh grad revidiert, und da dieser Passus wieder aufgenommen werden soll, da kann Hans Rudolf Gysin doch gewählt werden. «Im Sinne einer Vorwirkung», wurde das am Parteitag genannt. Applaus.

Gewählt. Raunen am einen oder anderen Tisch. Niemand aber erhob Widerspruch, im Saal sollen gefühlte 50 Grad geherrscht haben, der Apéro lockte.

«Aus Respekt vor seiner Person und seinen Leistungen für die Partei», begründet Christine Pezzetta den Sitz von Gysin im Parteirat. Die FDP müsse Leute mit seinem Wissen bei der Stange halten. Die Murrenden ärgern sich über das Schnellverfahren und fürchten eine Infiltration der FDP durch die Wirtschaftskammer. Da lacht ein altgedienter Freisinniger: «Mehr als zweimal im Jahr kommt der Gysin ja doch nicht an die Parteiratssitzung.»

Nachrichten

Hoher Besuch im Kuhstall

Böckten. Nationalratspräsident Hansjörg Walter und die erste Vizepräsidentin des Nationalrats Maya Graf besuchten gestern den Hof Vogelsang in Böckten. Sie machten sich vor Ort ein Bild vom Projekt «Stallvisite», für das 220 Bauernfamilien aus der ganzen Schweiz ihre Stalltüren für Konsumenten öffnen. Mit dem Projekt wollen die Bauern zeigen, welche Zusatzleistungen hinter einem Liter Milch oder einem Kilo Fleisch stecken. Mit den beiden höchsten Schweizern machten auch 20 Zweitklässler einen Postenlauf über den Mutterkuhbetrieb der Böcktener Familie Beugger.

Elektra Birseck kauft Windpark in Spanien

Münchenstein. Die Energieversorger Elektra Birseck in Münchenstein EBM und Energie Wasser Bern (ewb) haben in Spanien zwei Windparks übernommen. Diese produzieren jährlich rund 180 Millionen Kilowattstunden «grünen Strom». Das sei genug, um 45 000 Schweizer Vier-Personen-Haushalte mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Die Übernahme in Spanien erfolgte über eine gemeinsame Beteiligungsgesellschaft. Trotz dem schwierigen Marktumfeld habe man eine Projektfinanzierung «in beachtlichem Umfang» mit drei spanischen Banken sicherstellen können. Den Kaufpreis geben die Unternehmen aber nicht bekannt.

Freiheitsstrafe für Keilerei am Harassenlauf

Liestal. Ein 22-jähriger Basler muss wegen einer Schlägerei am Harassenlauf von 2009 für acht Monate ins Gefängnis, wie die «Basellandschaftliche Zeitung» in ihrer Mittwochs Ausgabe berichtet. Das Strafgericht Baselland hat den jungen Mann am Dienstag wegen Raufhandels verurteilt. Ungeklärt blieb die Messerstecherei am selben Anlass. Das Gericht hatte Zweifel daran, ob der Mann tatsächlich zugestoßen hat, und sprach ihn vom Vorwurf der Körperverletzung mit einem gefährlichen Gegenstand frei. Die Vorkommnisse am damaligen Harassenlauf hatten zur Folge, dass der Anlass anschliessend verboten wurde.

400 Gäste auf den Spuren der Römer

Augst. In der historischen Kulisse von Augusta Raurica trafen sich gestern prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am 4. KMU-Networking-Grill der Wirtschaftskammer Baselland. Kulinarisch verwöhnt wurden die rund 400 Gäste von den Barbecue-Weltmeistern Oswald Rodenkirch und Markus Längle. Anlässlich des 125-jährigen Bestehens der Wirtschaftskammer erinnerte deren Präsident Andreas Schneider an die ursprüngliche Aufgabe des KMU-Verbands und forderte Wehrhaftigkeit gegenüber der staatlichen Bürokratie.

Kein Blankocheck für die Kantonsfusion

BDP will mit parlamentarischen Mitteln die Simulationsvorlage durchboxen

Von Kurt Tschan

Laufen. Die Frage, ob sich die beiden Basel zu einem Kanton zusammenschliessen sollen, geht der Bürgerlich-Demokratischen Partei an die Substanz. Die Partei läuft Gefahr, an dieser Frage zu zerbrechen, sagte Peter Staub an der Mitgliederversammlung vom Dienstagabend in Laufen. «Ich sehe einen tiefen Graben.» Für ihn ist deshalb denkbar, dass die BDP im Streit um ein Ja oder Nein zur Fusion zersplittern könnte. Der Prozess, der sich mit der Abspaltung von der SVP in Gang gesetzt habe, könne sich weiterentwickeln und ein zerstörerisches Ausmass annehmen.

Ans Lebendige geht es auch Hanspeter Ryf aus dem Bezirk Sissach. «Sollte sich die Partei für ein Ja aussprechen, brauchen wir im Oberbaselbiet bei den Landratswahlen 2014 erst gar nicht anzutreten», sagte er vor den rund

50 Mitgliedern der Partei. «Unsere Wählerschaft würde uns umgehend die Unterstützung entziehen.»

Die BDP hat im Bezirk Waldenburg den Puls der Bevölkerung bereits gespürt und eine Umfrage zu einer allfälligen Kantonsfusion gemacht. Ohne das Ergebnis konkret mitzuteilen, lassen die Voten der Oberbaselbieter Mitglieder aber darauf schliessen, dass die Parteibasis klar gegen eine Fusion mit Basel-Stadt ist.

Druck auf Regierung

Diese Haltung wurde auch in Laufen spürbar. Ähnlich wie die BDP Basel-Stadt, die sich bereits vor einiger Zeit ausserstande sah, ein klares Ja oder Nein auszusprechen, sieht auch die BDP Baselland beträchtlichen Informationsbedarf. «Ich will Zahlen und Fakten und kein Parteiengzänk», sagte etwa der frühere Parteipräsident Dieter Widmer.

Ein anderer Votant meinte: «Auch ein Fünfliber hat zwei Seiten.» Er spielte damit auf den Euro an. Dieser sei ebenfalls mit hochtrabenden Plänen der Politiker lanciert worden, ehe sein betrüblicher Absturz erfolgt sei.

Gemeinden profitieren

Einstimmig verzichtete die Partei deshalb auf eine Parolenfassung. Gleichzeitig wurden die vier Landräte beauftragt, mit Nachdruck auf parlamentarischen Weg durchzusetzen, dass die Regierung auf ihren Entscheid zurückkommt und die Simulationsstudie in Auftrag gibt. Die Weigerung der Regierung sei unverständlich und für das Baselbiet schädlich. Es bestehe die Gefahr, dass das Bauchgefühl höher gewichtet würde als die Vernunft.

Angeheizt wurde die Fusionsdiskussion durch ein Streitgespräch zwischen den Landräten Klaus Kirchmayr (Grü-

ne, Aesch) und Georges Thüring (SVP, Grenchen). Kirchmayr wies darauf hin, dass Baselland der zentralistischste Kanton der Schweiz sei. «Von 100 Franken, die ausgegeben werden, gehen deren 68 durch die Hände des Kantons», sagte er.

Nach einer Fusion würde sich die Bilanz für die Gemeinden deutlich verbessern. Sie würden mehr Mittel zur Verfügung haben. Auch das Gespenst, Basel-Stadt würde den klammen Kanton Baselland vereinnahmen, sei Unsinn. Fakt sei, dass rund zwei Drittel des wiedervereinigten Parlaments aus Baselbietern bestehen würde.

Wegen Basel so klamm

Viele Doppelspurigkeiten könnten beseitigt und eine Stärkung in der eidgenössischen Wahrnehmung durchgesetzt werden. Gemäss Kirchmayr würde ein wiedervereinigtes Basel 50 Millio-

nen Franken mehr aus dem Finanzausgleichstopf des Bundes erhalten.

Georges Thüring machte klar, dass ein Fusionsentscheid unverantwortlich sei, weil man die Katze im Sack kaufe. Klar sei aber bereits jetzt, dass die Politik weiter nach links rutschen würde. Zudem bewege sich Basel-Stadt auf einem Niveau, das automatisch zu Mehraufwendungen und höheren Steuern führen werde. Thüring befürchtet aber auch ein Aussterben vieler kleinerer Ortschaften. Der Sog nach Basel würde noch grösser. Das Vereinssterben in den Gemeinden werde schreckliche Ausmass annehmen, sagte Thüring. Bereits die jetzige Zusammenarbeit sei schlecht für Baselland verlaufen. «Wir wurden mehrfach über den Tisch gezogen», so der SVP-Landrat. «Wenn es uns heute schlecht geht, dann wegen der vielen Millionen, die wir jährlich nach Basel überweisen müssen.»